

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 9 (1929-1930)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Die deutschen Gemeindewahlen  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-330236>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die deutschen Gemeindewahlen.

\* Es fällt stets schwer, aus lokalen Wahlen ein politisches Ergebnis zu folgern. Zu groß sind die persönlichen Einflüsse und die Bedeutung lokaler Ereignisse, als daß sich aus den Resultaten von Gemeindewahlen eine politische Linie eindeutig ablesen ließe. Das trifft auch auf die Wahlen zu, die in Preußen, Sachsen und Hessen stattgefunden haben.

Auf der *Linken* hat besonders der Stimmengewinn der *Kommunisten* in *Berlin* Eindruck gemacht. Freilich, wenn man den Vergleich nicht mit den letzten Berliner Gemeindewahlen, sondern mit den Reichstagswahlen vom Mai 1928 zieht, gewinnt das Ergebnis ein ganz anderes Bild. Im Vergleich mit den Gemeindewahlen haben die Kommunisten 220,000 Stimmen gewonnen, im Vergleich mit den Reichstagswahlen bloß 37,000. Der sozialdemokratische Stimmengewinn von rund 60,000 gegenüber den letzten Gemeindewahlen verwandelt sich im Vergleich zu den Reichstagswahlen in einen Verlust von 55,000 Stimmen. Dabei haben wohl lokale Affären die Hauptrolle gespielt: so die Ereignisse des 1. Mai 1929, aber auch der Sklarek-Skandal, bei dem die Kommunisten, *obwohl ihre Vertrauensleute die Hauptverantwortlichen waren*, geschickt die Offensive ergriffen, während die Sozialdemokraten zögerten, ihre angegriffenen Vertreter in der Stadtverwaltung fallen zu lassen.

So ist aus den Wahlen kein einheitliches Bild der Strömungen in der Arbeiterschaft zu gewinnen. Zweierlei darf man wohl aber behaupten. Erstens, daß die *Regierungsbeteiligung* den Sozialdemokraten Opfer aufzwingt, die die Grenze des Erträglichen mindestens schon erreicht, wenn nicht schon überschritten haben. Zweitens aber, daß in Deutschland eine ungeheuer fruchtbare Epoche *sozialistischer Kommunalpolitik* möglich wäre, wenn die Einigung des Proletariats Wahrheit werden könnte.

Auf der *Rechten* lassen sich unzweifelhaft klare Tendenzen feststellen. Was man schon beim Ausgang der Eintragsfrist für das Hugenberg-Volksbegehren festgestellt hat, ist neuerdings eindrucksvoll bestätigt worden: Unter Hugenbergs Führung ist die *Deutschnationale Volkspartei* in die gefährlichste Krise ihrer Existenz geraten. Die *Nationalsozialisten* unter Hitler haben den rechten Flügel der Deutschnationalen unter ihren Einfluß gebracht und die Wahrscheinlichkeit wächst immer mehr, daß sich hier eine neue rechtsradikale, antidemokratische Oppositionspartei herausbilden wird. Auf der andern Seite nähert sich der linke Flügel der Deutschnationalen, jene Gruppen, die mit industriellen und den deutschnationalen gewerkschaftlichen Kreisen in Verbindung stehen, immer mehr der *Deutschen Volkspartei*, die mit dem Tode Stresemanns den eigentlichen Verbindungsmann nach links verloren hat. Hier könnte der Keim zu einer großen bürgerlichen Partei des «Vernunftrepublikanertums», der Großindustrie und der Hochfinanz, die sich mit der Republik abgefunden hat, weil sich in und an ihr auch schön verdienen läßt, liegen.

Eine solche Entwicklung, für die die Gemeindewahlen mancherlei Anzeichen bringen, wäre von größter Bedeutung für die deutsche Republik. Eine neue Bürgerblockregierung würde Wirklichkeit und die Sozialdemokraten würden wieder in die Oppositionsstellung zurückgedrängt werden. Von der Verantwortlichkeit der Regierungsbeteiligung befreit, könnte die Sozialdemokratie mit gesteigerter Offensivkraft den Kampf um die ganze Macht im Staate aufnehmen.